

Bayerisches Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr

Bürgerbeteiligung im Städtebau

Ein Leitfaden

Ein kleiner Auszug:

4. Fehlende Legitimation durch Nicht-Beteiligen kann viel Geld kosten

Wer in Projekten, bei denen Bürgerinnen und Bürger Beteiligung erwarten, die Menschen nicht miteinbezieht, der muss damit rechnen, dass ihm das Projekt später auf die Füße fällt. Bürgerinnen und Bürger können durch Proteste Bauprojekte verzögern oder verhindern. Das kostet viel Geld und behindert wichtige Entwicklungen. Wer hingegen die Menschen vor Ort frühzeitig einbezieht, kann die Öffentlichkeit „mitnehmen“ und so Eskalationen entgegenwirken.

Der Markt hat offensichtlich sehr viel Geld. Oder ist das nicht vielmehr das Geld der Bürger, das hier verbrannt wird? Alles was da kostet, zahlt letztendlich der Bürger. Was direkt oder indirekt über die Longleif gGmbH verbraten wird, kommt irgendwann auch auf die Rechnung der Bürger. Über Erhöhung der Grundsteuer, der Gewerbesteuer und der Verbrauchskosten der Gemeinderwerke für Erschließungsausgaben wird irgendwann, genauso wie unnötige Gutachtens-, Anwalt- und Gerichtskosten, auf der Rechnung für die Bürger landen. Keiner soll sagen, er habe nicht gewusst, wie der Markt das Geld der Bürger verprasst. Und das Schönste für die Verantwortlichen: Sie werden nicht zur Kasse gebeten.

Als aktuelles Beispiel soll ein ehemaliger niederbayerischer Minister dienen. Wer Verträge abschließt und für umstrittene Projekte Geld ausgiebt, bevor höchstgerichtlich entschieden ist, dass das Projekt, so wie geplant, tatsächlich umgesetzt werden kann, handelt nicht fahrlässig sondern vorsätzlich. Im angesprochenen Fall hat das Versagen des Ministers die Bürger viele Millionen Euro gekostet.

Es ist zu vermuten, dass die Verantwortlichen der Gemeinde ihrer eigenen Propaganda glauben, nämlich dass das Campus-Projekt in der Bevölkerung einhellig bejubelt wird. Das dem nicht so ist, sollte der Markt aufgrund der vielen gut begründeten Einwendungen zu den Auslegungen eigentlich gemerkt haben. Man hat sich jedoch dazu entschieden, jegliche direkte, vom Staatsministeriums in der im Titel genannten Broschüre empfohlenen, Bürgerbeteiligung nach allen Regeln der Verwaltungskunst zu vermeiden und alle Einwendungen mit Hilfe der acht mäßig bis nicht informierten Mitglieder des Bau- und Umweltausschusses ohne Aussprache oder Nachfrage einstimmig - oder gelegentlich mit einer Gegenstimme – vom Tisch zu wischen.

Nun, jetzt muss wohl die Stunde der Gerichte kommen. Und – wie bereits in anderen Beiträgen angesprochen – werden vor der Kommunalwahl im nächsten Jahr einige Fragen an die Kandidaten gestellt werden.

30.08.2025

da Krampus